

# Rede von Daniel Störtz, Einzelkreisrat AfD, im Kreistag Göppingen.

Sehr geehrter Herr Landrat Möller,  
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,

ich danke der FDP für ihren Antrag zu Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung. Auf den ersten Blick scheint der Vorschlag – Abfrage bei den Gemeinden, eine Allianz für weniger Bürokratie – vernünftig. Wer könnte gegen schlankere Verwaltungsprozesse sein? Doch lassen Sie uns genauer hinschauen: Dieser Antrag ist ein typisches Beispiel für liberale Kosmetikpolitik, die große Worte macht, aber die wahren Probleme unseres Landes und unseres Kreises ignoriert.

Die FDP fordert eine Abfrage bei den 38 Gemeinden des Landkreises, um bürokratische Doppelstrukturen zu identifizieren und Verwaltungsprozesse zu vereinfachen. Das klingt gut, aber warum brauchen wir dafür eine weitere Umfrage? Die Bürger und Unternehmen in Göppingen wissen längst, wo der Schuh drückt: Überregulierung durch EU-Vorgaben, unnötige Formulare, zeitraubende Genehmigungsverfahren. Statt neue Abfragen zu starten, sollte die Verwaltung endlich handeln und bestehende Klagen ernst nehmen. Die AfD fordert: Schluss mit Bürokratie, die von Brüssel und Berlin diktiert wird! Wir brauchen keine weiteren Studien, sondern konkrete Taten.

Der zweite Punkt des Antrags – eine „Allianz für Bürokratieabbau“ mit Gemeinden, Wirtschaft und anderen Akteuren – klingt ebenfalls nach einem schönen Versprechen. Doch wer soll in dieser Allianz sitzen? Wieder die üblichen Eliten, die sich in Hinterzimmern abstimmen, während der einfache Bürger außen vor bleibt? Die AfD sagt klar: Bürokratieabbau darf nicht nur den Großunternehmen dienen, die sich teure Berater leisten können. Er muss vor allem den kleinen Handwerksbetrieben, den Mittelständlern und den Bürgern zugutekommen, die unter der Last der Vorschriften leiden. Eine echte Allianz müsste direkte Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmungen ermöglichen, statt neue Gremien zu schaffen, die nur noch mehr Zeit und Geld kosten.

Die Begründung der FDP, dass Bürokratieabbau Kosten spart und den Fachkräftemangel lindert, teilen wir grundsätzlich. Aber warum verschweigt die FDP die Hauptursache der Überregulierung? Es ist die Politik der Ampel-Regierung, an der die FDP selbst beteiligt ist! Milliarden für EU-Programme, unkontrollierte Migration und immer neue Vorschriften aus Brüssel – das sind die wahren Treiber der Bürokratie, die unsere Kommunen und Unternehmen ersticken. Die FDP will lokal Kosmetik betreiben, während sie national mitverantwortlich für das Problem ist.

## **Die AfD hat eine klare Position:**

1. **Sofortiger Bürokratieabbau:** Keine neuen Umfragen oder Allianzen, sondern direkte Streichung unnötiger Vorschriften, die von Bund und EU aufgezwungen werden.
2. **Schutz der lokalen Wirtschaft:** Förderung unserer heimischen Betriebe, statt Konzernen oder ausländischen Lieferketten Vorteile zu verschaffen.
3. **Echte Bürgerbeteiligung:** Nicht nur die Verwaltung und Wirtschaft, sondern vor allem die Bürger sollen entscheiden, welche Regeln abgeschafft werden.

Dieser Antrag ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Die AfD steht für eine Politik, die Deutschland und den Landkreis Göppingen wieder handlungsfähig macht – mit weniger Bürokratie, mehr Souveränität und echter Nähe zu den Bürgern. Stimmen Sie nicht für halbe Lösungen, sondern unterstützen Sie uns für echte Veränderung!

Vielen Dank.

---

### **Contra-Argumente:**

Trotz der guten Absichten gibt es potenzielle Schwächen, die die Umsetzung erschweren könnten:

**Zusätzlicher bürokratischer Aufwand:** Die Abfrage selbst erfordert Ressourcen – von der Erstellung der Umfrage bis zur Auswertung und Präsentation im Kreistag. In einem Landkreis mit begrenzten Kapazitäten könnte das ironischerweise neue Bürokratie schaffen, bevor alte abgebaut wird. Kritiker solcher Initiativen argumentieren oft, dass sie zu viel Zeit kosten, ohne schnelle Ergebnisse.

**Abhängigkeit von Kooperation:** Der Erfolg hängt von der Rücklaufquote der Gemeinden ab. Wenn nicht alle mitmachen oder nur vage Antworten geben, könnte die Auswertung unvollständig sein. Zudem könnte die Allianz zu einem "Talkshop" werden, ohne verbindliche Maßnahmen, wie es bei manchen regionalen Projekten in Baden-Württemberg beobachtet wurde.

**Begrenzter Einfluss auf höhere Ebenen:** Die Begründung räumt ein, dass die größten Lasten vom Bund und Land kommen. Der Antrag könnte also nur marginale Verbesserungen bringen, während die Kernprobleme ungelöst bleiben. In ähnlichen Fällen, wie beim abgelehnten Bundestagsantrag zur "Bürokratiebremse", scheitern Initiativen an politischen Widerständen.

**Fehlende Messbarkeit:** Ohne klare Kriterien (z. B. KPIs für Reduktion von Aufwand) bleibt der Erfolg subjektiv. Das könnte zu Frustration führen, wenn Erwartungen nicht erfüllt werden.

### **Vorschläge zur Verbesserung:**

Um den Antrag robuster und umsetzbarer zu machen, schlage ich folgende Anpassungen vor. Diese basieren auf Best Practices aus vergleichbaren Reformen:

#### **Fristen und Meilensteine einführen:**

Ergänze konkrete Termine, z. B. Abfrage innerhalb von 3 Monaten, Auswertung in 6 Monaten und Präsentation im Kreistag bis Jahresende. Das schafft Druck und Transparenz.

**Messbare Ziele definieren:**

Füge Kriterien hinzu, wie "Reduktion des Verwaltungsaufwands um X Prozent" oder "Anzahl abgebauter Prozesse". Nutze Tools wie Umfragen vor/nach der Umsetzung, um Erfolge zu quantifizieren.

**Digitalisierung integrieren:**

Baue auf bestehenden Projekten auf, wie dem digitalen Bauantrag im Landkreis. Schlage vor, die Abfrage online durchzuführen (z. B. via Portal) und die Allianz mit digitalen Plattformen zu unterstützen, um Papierkram zu vermeiden.

**Erweiterte Beteiligung:**

Involviere explizit Bürgervertretungen oder Kammern (z. B. IHK, Handwerkerschaft) von Anfang an in der Abfrage, nicht nur in der Allianz. Ergänze einen Mechanismus für anonyme Meldungen, um ehrliche Feedbacks zu fördern.

**Ressourcenplanung:**

Fordere eine Budgetschätzung für die Umsetzung an, um zu vermeiden, dass der Antrag an fehlenden Mitteln scheitert. Verbinde es mit EU-Fördermitteln für Verwaltungsmodernisierung.

**Risikomanagement:**

Füge eine Klausel hinzu, die alternative Szenarien berücksichtigt, z. B. bei niedriger Beteiligung eine Follow-up-Runde oder externe Beratung.

Diese Änderungen würden den Antrag von einer guten Idee zu einem handlungsstarken Plan machen.

**Meine Meinung:**

Mit Wissen zu Verwaltungs- und Politprozessen sehe ich den Antrag als solide und zeitgemäß an – er greift ein reales Problem auf, das in Deutschland jährlich Milliarden kostet und die Wettbewerbsfähigkeit mindert. Im Kontext des Landkreises Göppingen, der bereits Modernisierungsschritte wie digitale Bauanträge unternimmt, könnte das ein Katalysator für weitere Reformen sein. Allerdings ist der Erfolg abhängig von der Umsetzung: Viele ähnliche FDP-Initiativen auf Landesebene (z. B. in Baden-Württemberg) haben gezeigt, dass ohne verbindliche Strukturen und Messung der Impact oft nur kosmetische Veränderungen entstehen. Ich empfehle, den Fokus auf schnelle, sichtbare Wins zu legen, wie die Vereinfachung spezifischer Prozesse (z. B. Genehmigungen).

Daniel Störtz